

Prekärer Neuanfang

Bangladesch steht vor erheblichen Herausforderungen

Karin Zennig

Bangladesch war im August für einige Tage in den europäischen Medien. Proteste führten zum Sturz und Wechsel der Regierung. Jetzt kommen wohl die Mühen der Ebene. Zum Hintergrund und zum Ausblick kommentiert die Autorin.

Obwohl ein Viertel aller Textilien in Deutschland aus Bangladesch stammt, ist das südasiatische Land in hiesigen Gefilden wenig präsent. Anders im August dieses Jahres, als das geopolitisch eher unbedeutende Land sich immerhin für einige Tage in den weltweiten Schlagzeilen wiederfand. Wochenlange Proteste einer neuen Generation von Studierenden hatten sich durch die brutale polizeiliche Niederschlagung zu Massenprotesten gegen die Regierungspartei *Awami League* ausgeweitet. Die Studierenden gingen gegen eine Bevorteilung der Kinder und Enkel der Unabhängigkeitskämpfer/-innen aus den 1970er Jahren auf die Straße. Nach über 15 Jahren Regierungszeit wurde Premierministerin Sheikh Hasina, Tochter des Staatsgründers und „Vaters der Nation“, Sheikh Mujibur Rahman, zum Rücktritt gezwungen. Die Bilder des von Protestierenden erstürmten Regierungspalastes gingen um die Welt. Die Quotenregelung und die darin liegende Ungerechtigkeit war dabei aber lediglich Katalysator einer bereits länger gärenden Grundunzufriedenheit gewesen, mit der auch die nachfolgende Regierung einen Umgang finden müssen.

Zweifelhaftes Wirtschaftswachstum

Die Regierung von Sheikh Hasina hatte in ihrer langjährigen Regierungszeit die örtliche Textilindustrie zu einer der wettbewerbsfähigsten und größten Bekleidungsproduktionen weltweit auf- und ausgebaut. Sie hatte für

das damit verbundene kontinuierliche Wirtschaftswachstum von beeindruckenden fünf Prozent international wie national viel Lob erhalten. Der Textilsektor ist mit Tausenden von Unternehmen und über vier Millionen Arbeitskräften, fast überwiegend junge Frauen, das wichtigste ökonomische Standbein des Landes und bringt jährlich circa 55 Milliarden US-Dollar Exporteinkünfte. Bangladesch hatte so Aussicht auf das Ende des Status als eines der *least developed countries* (am wenigsten entwickelte Länder).

Die gepriesene Wettbewerbsfähigkeit ist indes nicht weniger als ein Synonym für Hyperliberalisierung von Arbeits- und Schutzrechten. Nach dem *ITUC Global Rights Index (International Trade Union Confederation)* firmiert Bangladesch unter den zehn Ländern mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen der Welt. In den stetig an Umfang und Anzahl wachsenden Freihandelszonen gelten für die Hunderttausende von Textilarbeiter(inne)n keine Rechte. Mit der deklarierten Strategie, insbesondere Frauen in den Arbeitsmarkt der exportorientierten Industrien zu integrieren, wuchs zwar deren Erwerbsquote. Frauen wurden damit

aber unter widrigsten Bedingungen zum neuen primären Objekt ökonomischer Ausbeutung.

Der wirtschaftliche Einbruch durch den Lockdown im Kontext der Corona-Pandemie und der damit verbundene Nachfragerückgang in den zentralen Abnehmerländern des glo-



Umwälzung in Bangladesch: Neue Führung, gleiche alte Probleme?

Bild © Sony Ramany / medico

balen Nordens, allen voran den USA und Europa, wurde weder durch überdauernde Arbeitsverträge noch durch Sozialsysteme aufgefangen. Von der folgenden Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Individualverschuldung hat sich das Land bis heute nicht erholt.

Auch wenn die vorgesehene Quote und der damit beabsichtigte, regulierte Zugang zu attraktiven Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst rein quantita-



Demonstrationen für Gerechtigkeit.

Bild © medico

tiv keine Perspektive hätte bieten können, sahen sich die unter 30-jährigen um ihre Hoffnung auf die Möglichkeit eines eigenen sozialen Aufstiegs betrogen. Sie machen immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung aus und sehen sich ökonomischer Rezession, explodierenden Lebenshaltungskosten und einem maroden, von offensichtlichster Korruption und Vetternwirtschaft durchdrungenen System gegenüber.

Gleichzeitig agierte die Regierung Sheikh Hasinas zunehmend als autoritäres Kontrollregime und ließ keinerlei Perspektive auf politische Veränderung als denkbar scheinen. Von ihrer eigenen Geschichte als Studentenführerin Anfang der 1980er Jahre gegen die Militärregierungen ist ebenso wenig geblieben, wie von der historischen Rolle der *Awami*-Partei als Garant für Modernisierung, Säkularismus und Demokratisierung. Seit dem zweiten Amtsantritt von Sheikh Hasina im Jahr 2009 war sie kompromisslos gegen Oppositionelle vorgegangen, überzog sie

mit Repression und lies alle Kritiker/-innen über Jahre hinweg verhaften und zum Teil brutal foltern. Proteste wurden von der Regierung zunehmend nicht mehr als Ausdruck zu verhandelnder Widersprüche, sondern als machtpolitische Manöver der politischen Gegner interpretiert, denen man nur mit Zerschlagung Herr werden kann. Die einst aus einer Massenbewegung entstandene *Awami*-Partei hat sich 75 Jahre nach ihrer Gründung mit einem bornierten und selbstreferenziellen Politikverständnis von ihrer Bevölkerung entfremdet.

Leere nach dem Umbruch

Die seit dem 8. August unter Mohammad Yunus amtierende Übergangsregierung, der auch zwei studentische Vertreter/-innen angehören, genießt aktuell großes Vertrauen in der Bevölkerung, steht aber vor enormen Herausforderungen.

Für eine echte Re-Demokratisierung müssen die sich über Jahre herausgebildeten, oligarchischen Netzwerke zur Geldwäsche, Korruption und Verschleppung in staatlichen Institu-

tionen, Ämtern, Behörden, Gerichten und Sicherheitsorganen Schritt für Schritt, aber systematisch, aufgelöst und entmachtet werden. Die Absetzung des Polizeichefs und des Chefs des berüchtigten *Rapid Action Battalion*, die Freilassung von politischen Gefangenen und die Rücknahme von Terrorismusvorwürfen gegenüber verschiedenen Organisationen sind dringend nötige, aber nur erste Schritte in diese Richtung.

Gleichzeitig hinterließ der Sturz der Regierung ein nicht unbeträchtliches politisches Vakuum. Denn die neue Protestgeneration findet sich weder in der politisch diskreditierten *Awami League* noch in der Oppositionspartei BNP (*Bangladesh Nationalist Party*) repräsentiert. Ob sich aus diesem Umstand eine neue politische Formation bilden und damit das postkoloniale Erbe des Zwei-Parteiensystems aufgebrochen werden kann, bleibt fraglich. Dies ist nicht unwesentlich eine Frage der zur Verfügung stehenden Übergangszeit. Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass gerade die beiden Großparteien auf einen raschen Termin für Neuwahlen drängen.

Zeitgleich dauern die strukturellen Bedingungen der ökonomischen Krise des Landes weiter an. Vom aktuellen Regierungschef, der im internationalen Kontext als Erfinder der Mikrokredite mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, wird sich Kompetenz für neue Wege versprochen. Mit seiner wirtschaftsliberalen und gewerkschaftsskeptischen Haltung steht er aber mehr für Kontinuität denn für Bruch mit dem bisherigen Kurs. Dass Bangladesch weltweit zum Vorzeigeland für Mikrokredite und eine Neoliberalisierung der Entwicklungszusammenarbeit wurde, ist dabei Teil der Misere. Insbesondere Frauen sollten über Mikrokredite ökonomisch unabhängig werden. In prekären Lagen und in Ermangelung zugänglicher öffentlicher Infrastruktur dienen Kredite allerdings oftmals zu allererst der Sicherung der Nahrungsgrund- und medizinischen Versorgung. Die betroffenen Frauen wurden so in einen nicht endenden Schuldenkreislauf und damit in verstärkte ökonomische Abhängigkeiten getrieben. Bis heute gibt es keinen wissenschaftlichen Beleg für die armutsreduzierende Wirkung der Mikrokredite, aber viele Anzeichen, dass sie Armut verstärken.

Fortgesetzte Proteste der Textilarbeiter/-innen

Während sich die Proteste der Studierenden nach der Flucht von Sheikh Hasina schnell beruhigten, setzten sich die der Textilarbeiter/-innen für bessere Arbeitsbedingungen fort. Bereits während des Sommers waren Textilfabriken bestreikt und zum Teil gewaltsam angegriffen worden. In den letzten Wochen gewannen sie ungeahnte Intensität. Gefordert wird, neben vielem mehr, die sofortige Umsetzung des für 2023 festgelegten Mindestlohns in allen Fabriken, eine grundsätzliche Reform der Arbeitsgesetze, die Beendigung der ungerechtfertigten Entlassungen, die Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs für Arbeitnehmerinnen auf 120 Tage, die sofortige Auszahlung

ausstehender Löhne, die Sicherstellung diskriminierungsfreier Einstellungspraktiken in den Betrieben und die Entschädigung und medizinische Versorgung für Arbeiter/-innen, die bei den Protesten im Juli verletzt oder getötet wurden. Ein Großteil der Forderungen wurde Ende September von den Fabrikbesitzern akzeptiert, um die Normalität in den Produktionseinheiten wiederherzustellen.



Dass auch die Ergreifung geeigneter Maßnahmen für die Opfer der über zehn Jahre zurückliegenden Katastrophen von Rana Plaza und *Tazreen Fashions* gefordert wird, macht allerdings deutlich, dass dieses Zugeständnis keinesfalls schon eine substanzielle Veränderung für die Arbeiter/-innen mit sich bringen wird. Beim Einsturz des bereits Tage zuvor auffälligen Rana Plaza-Fabrikgebäudes waren Fluchtwege zugesperrt und die Arbeiter/-innen unter Androhung von Gewalt zum Verbleib am Arbeitsplatz gezwungen worden. Die 1135 Getöteten und über 2400 Verletzten bildeten einen Weckruf in den konsumierenden Ländern und trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass in Deutschland wie in der Europäischen Union ein Lieferkettengesetz durchgesetzt werden konnte, wenngleich beide in schwächerer als beabsichtigter Form zustande kamen. Noch bevor beide allerdings überhaupt richtig umgesetzt

wurden, stehen sie bereits politisch wieder zur Disposition.

Wenn wir also auf die Möglichkeiten politischer wie ökonomischer Stabilität in Bangladesch schauen, die nicht um den Preis von Entrechtung und Überausbeutung von Teilen der eigenen Bevölkerung erkaufte werden soll, dann kann das nur gelingen, wenn auch die internationalen Rahmenbedingungen dafür politisch ge-

Die andere Welt der schicken Kleidung

Bild © Gordon Welters

staltet werden. Das heißt sowohl eine unmittelbare Umsetzung des Lieferkettengesetzes als auch die unkonditionierte Unterstützung des Landes in der Bewältigung von Klimakrisen sowie eine sofortige Entschuldung. Die durch den Klimawandel bedingten Schäden und umgekehrt die nötigen Anpassungs- und Schutzmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels erfordern enorme Finanzmittel.

Zur Autorin



Karin Zennig arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international*. Sie ist Referentin für die Region Südasiens und Klimagerechtigkeit.